

Evangelische Volkspartei der Schweiz (EVP)

Generalsekretariat

Nägelligasse 9

3000 Bern 7

Tel. 031 351 71 71

Fax 031 351 71 02

info@evppev.ch

www.evppev.ch

Bundesamt für Justiz
Fachbereich Internationales Strafrecht
3003 Bern

29. November 2011

Genehmigung und Umsetzung des Übereinkommens des Europarates zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch (Lanzarote-Konvention)

Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme zur eingangs erwähnten Vorlage. Die EVP Schweiz begrüsst die Genehmigung und Umsetzung der Lanzarote-Konvention in der vorgeschlagenen Form vollumfänglich. Sie erwartet, dass diese Anpassungen so rasch wie möglich Wirklichkeit werden und unterstützt insbesondere die folgenden Neuerungen:

- Wer gegen Bezahlung sexuelle Dienste Unmündiger zwischen 16 und 18 Jahren in Anspruch nimmt, soll sich künftig strafbar machen (Art. 196 StGB neu). Für die EVP ein längst fälliger Schritt. Sie hat in verschiedenen Kantonen ein Verbot der Prostitution Minderjähriger gefordert. Weil verschiedene Kantone mit Verweis auf die laufenden Arbeiten des Bundes untätig geblieben sind, ist es umso wichtiger, dass dieser nun vorwärts macht. Die EVP hofft, dass mit dieser Neuerung Jugendliche besser vor dem Abgleiten in die Prostitution geschützt werden können.
- Die EVP begrüsst es weiter sehr, dass auch die Förderung der Prostitution Unmündiger unter Strafe gestellt werden soll (Art. 195 Bst. a StGB). Wer unmündige Personen der Prostitution zuführt, macht in vielen Fällen das traurige Geschäft erst möglich und nutzt häufig die Notlage oder auch die Unwissenheit oder Naivität der Betroffenen aus.
- Weiter entspricht es einer langjährigen Forderung der EVP, dass Jugendliche unter 18 Jahren besser vor der Mitwirkung bei sexuellen Darstellungen (Kinderpornografie) geschützt werden, indem den Verantwortlichen hohe Freiheitsstrafen angedroht werden (Art. 197 Ziff. 3, 3bis, 4 StGB).

- Schliesslich ist die EVP auch mit den neuen Bestimmungen bezüglich Anwerben und Veranlassen einer unmündigen Person zur Mitwirkung an pornografischen Vorführungen (Art. 197 Ziff. 2bis StGB neu), den Ergänzungen bezüglich Straftaten gegen Unmündige im Ausland (Art. 5 Abs. 1 und 3 StGB) sowie den Anpassungen bezüglich Verfolgungsverjährung (Art. 97 Abs. 2 StGB) mehr als einverstanden.

Abschliessend erinnert die EVP daran, dass die bisher erfolgreiche, verdeckte Ermittlung in Chat-Rooms und dergleichen im Zusammenhang mit der neuen Strafprozessordnung erschwert worden ist. Sie regt an, diese unabhängig vom laufenden Vernehmlassungsverfahren in geeigneter Form grundsätzlich wieder zu erlauben.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und für Ihre wertvolle Arbeit.

Freundliche Grüsse

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)



Parteipräsident
Heiner Studer



Generalsekretär
Joel Blunier